

Geschäftsbericht

2007



Vertreterversammlung: 09. Juli 2008

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Lagebericht	2
Jahresabschluss	
Jahresbilanz	8
Gewinn- und Verlustrechnung	12
Anhang	
Erläuterungen zur Jahresbilanz – AKTIVA	14
Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr	15
Erläuterungen zur Jahresbilanz – PASSIVA	16
Deklaration von laufenden Überschussanteilen, Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen	19
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	21
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	23
Bericht des Aufsichtsrates	24
Aufsichtsrat und Vorstand	24

Überblick

Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. betrieb im Berichtsjahr 2007 im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft die Einzel-Lebensversicherung in Form der kapitalbildenden Lebensversicherung (einschließlich der vermögensbildenden Lebensversicherung) mit überwiegendem Todesfallcharakter, der Risikoversicherung, der Leibrentenversicherung und der Berufsunfähigkeitsversicherung.

Der Geschäftsverlauf im Jahr 2007 in den eingangs genannten Versicherungsarten gestaltete sich zufrieden stellend. Der Bestand an kapitalbildenden Lebensversicherungen ist gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß aufgrund planmäßiger Vertragsabläufe leicht zurückgegangen, während bei Rentenversicherungen wegen des Neuzugangs weiterhin ein Bestandswachstum zu verzeichnen ist.

Bestandsentwicklung

Der Bestand an Versicherungssumme betrug zum Ende des Berichtsjahres 323.844 TEUR (Vorjahr: 341.409 TEUR).

Die Veränderung beruht auf der Bewegung des Versicherungsbestandes im Jahr 2007, die in ihren Einzelheiten in der Übersicht am Schluss des Lageberichts dargestellt ist.

Vom Bestand an Versicherungssumme entfielen auf:

Berichtsjahr	2007		2006
	Anteil	TEUR	TEUR
Kapitalversicherungen	75,20 %	243.540	259.399
Risikoversicherungen	7,81 %	25.281	27.700
Rentenversicherungen	14,38 %	46.568	46.230
Kollektivversicherungen	2,61 %	8.456	8.080

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge betrugen im Jahr 2007 12.087 TEUR (Vorjahr: 12.458 TEUR).

Die Beitragssumme des Neugeschäfts belief sich im Berichtsjahr auf 9.026.366,75 EUR (Vorjahr: 9.997.617,19 EUR).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschlusskosten betrugen 532 TEUR (Vorjahr: 544 TEUR).

Die sonstigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich im Jahr 2007 auf 355 TEUR (Vorjahr: 353 TEUR). Gemessen an den gebuchten Bruttobeiträgen errechnet sich hieraus eine Verwaltungskostenquote von 2,9 % (Vorjahr: 2,8 %).

Leistungen an die Versicherungsnehmer

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle (einschließlich Rückkäufe und Regulierungsaufwendungen) betrugen im Berichtsjahr insgesamt 13.713 TEUR (Vorjahr: 19.647 TEUR).

Die ausgezahlten laufenden Überschussanteile beliefen sich auf 6.699 TEUR. Ein Betrag in Höhe von 3.825 TEUR wurde den verzinslich angesammelten Überschussguthaben der Versicherungsnehmer zugeführt bzw. mit den fälligen Beiträgen verrechnet.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen betrugen 209,5 Mio. EUR (Vorjahr: 214,4 Mio. EUR).

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen überstiegen die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen um 9.214 TEUR (Vorjahr: 9.772 TEUR). Es ergibt sich eine laufende Durchschnittsverzinsung von 4,3 % (Vorjahr: 4,5 %). Weitere Einzelheiten in diesem Zusammenhang sind im Risikobericht dargestellt.

Überschuss

Nach Bildung versicherungstechnischer und anderer erforderlicher Rückstellungen und nach Buchung des Steueraufwandes schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 4.269.541,30 EUR (Vorjahr: 6.814.249,38 EUR) ab. Zu der Entwicklung hat die Veränderung der gesamten Erträge aus Kapitalanlagen maßgeblich beigetragen.

Der Überschuss wurde unter Beachtung der satzungsmäßigen Bestimmungen wie folgt verwendet:

Zuweisung zur Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	-,- - EUR
Zuweisung zu den anderen Rücklagen	400.000,00 EUR
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung *)	3.869.541,30 EUR
*) Die Entwicklung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist in den Erläuterungen zur Jahresbilanz dargestellt.	

Den Hauptanteil am Überschuss hatten die Erträge aus Kapitalanlagen. Der Zinsüberschuss ergibt sich aus der Differenz zwischen dem rechnungsmäßigen und dem tatsächlich erwirtschafteten Zinsertrag. Eine weitere wesentliche Quelle für den Überschuss des Geschäftsjahres war der günstige Risikoverlauf. Die eingerechneten Risikobeiträge waren höher als die entsprechenden Aufwendungen. Einfluss auf den Überschuss hatte außerdem das Kostenergebnis. Wie im Vorjahr waren auch im Berichtsjahr die insgesamt für den Versicherungsbetrieb angefallenen Kosten niedriger als die rechnungsmäßig kalkulierten.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach Schluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Versicherungsunternehmen verfügt der Landeslebenshilfe V.V.a.G. aufgrund der für die Versicherungswirtschaft bestehenden gesetzlichen Vorschriften über ein wirkungsvolles Risikomanagementsystem, mit welchem die Risiken der künftigen Entwicklung im Sinne des 1998 in Kraft getretenen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) frühzeitig erkannt und durch Auslösung geeigneter Steuerungsmaßnahmen beherrschbar gemacht werden. Dieses Überwachungssystem wird fortlaufend an veränderte Verhältnisse angepasst und weiter entwickelt. Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. ist damit in der Lage, Risikosituationen angemessen zu beurteilen. Jedoch setzen die zunehmende Komplexität und Dynamik des Unternehmens-Umfeldes jedem Risikomanagement Grenzen, so dass es letzte Sicherheit nicht geben kann und wird.

Der Risikobericht erfolgt auf der Basis der für das Unternehmen maßgeblichen Kalkulations- und Bilanzierungsvorschriften und ist in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard 5-20 aufgebaut. Nach einer Darstellung der Aufgaben, der Organisation und der wesentlichsten Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung werden die bedeutsamsten Risikofelder und die zugehörigen wichtigsten Steuerungsmaßnahmen erläutert. Schließlich wird die Risikolage des Landeslebenshilfe V.V.a.G. zusammenfassend dargestellt.

1. Aufgaben, Organisation und wesentlichste Instrumente

Grundlage des Risikomanagementsystems ist die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens. Hierauf aufbauend ist ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen der einzelnen Funktionsbereiche eingerichtet, welches eine effektive Steuerung des Unternehmens ermöglicht. Das Berichts- und Meldewesen obliegt den Mitarbeitern des Unternehmens. Für das Kontrollwesen und das Risikomanagement zuständig sind die Mitglieder des Vorstands, die Verantwortlichen aller Funktionsbereiche sowie der Risikomanager. Die aus den einzelnen Funktionsbereichen resultierenden Wahrnehmungen werden im zentralen Risikomanagement zusammengeführt und bewertet. Dabei arbeitet der Landeslebenshilfe V.V.a.G. eng mit dem Schwesterunternehmen Landeskrankenhilfe V.V.a.G. zusammen. Es wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt mit dem Ziel, wechselseitige Bezüge zwischen den aktiv- und passivseitigen Risiken sowie den strategischen und operationalen Risiken zu analysieren und zu steuern. Werden dabei unerwünschte oder ungünstige Entwicklungen erkennbar, werden erforderlichenfalls Steuerungsmaßnahmen zur Bewältigung der jeweiligen Risiken ausgelöst. Zur Vorbereitung risikobezogener Entscheidungen und Maßnahmen sowie zur Gewährleistung der Erfüllung von Anforderungen an die Risikoberichterstattung dient die Risikokonferenz, die unter Federführung des für das Risikomanagement zuständigen Vorstandsmitgliedes regelmäßig und darüber hinaus bei besonderem Bedarf zusammentritt. Die Teilnehmer der Risikokonferenz stellen auf diese Weise die Risikokommunikation zwischen der Ebene des Vorstands und dem Risikomanager her.

Dem Vorstand obliegt die unternehmensweite, ressortübergreifende Planung, Steuerung und Kontrolle aller Risikofelder. Er ist einzuschalten bei Maßnahmen, welche das Risikokapital erheblich verändern können, bei ressortübergreifenden geschäftlichen Maßnahmen sowie bei den strategischen und operationalen Risiken, die sich auf die Reputation des Unternehmens negativ auswirken können. Die Verantwortlichen der einzelnen Funktionsbereiche identifizieren, analysieren, steuern und überwachen fortlaufend die Risiken in ihrem jeweiligen Bereich. Sie werden dabei vom Risikomanager unterstützt. Die Grundlage für den Umgang mit ihren Risiken bilden Vorgaben und Entscheidungen des Vorstandes und des Risikomanagers, die sich aus der jeweiligen Risikopolitik des Unternehmens ergeben.

2. Bedeutsamste Risikofelder und wichtigste Steuerungsmaßnahmen

Veränderungen rechtlicher, steuerlicher und sozialpolitischer Rahmenbedingungen

Das für einen Lebensversicherer in der Bundesrepublik Deutschland wohl bedeutsamste Risikofeld sind Veränderungen in den Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit. So führen jüngste Gesetzesänderungen im Versicherungsvertragsrecht zur Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven sämtlicher Kapitalanlagen, unabhängig von der tatsächlichen Realisierung. Lebensversicherer verfolgen jedoch eine langfristige Kapitalanlagepolitik und bauen in Zeiten sich günstig entwickelnder Kapitalmärkte Risikopuffer auf, die in Zeiten ungünstiger Kapitalmärkte für die Sicherung der garantierten rechnungsmäßigen Verzinsung sowie zur Glättung und Stützung der Überschussbeteiligung verwendet werden. Die zeitnahe Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven zwingt die Lebensversicherer letztlich dazu, diese Puffer aufzulösen. Insbesondere bei festverzinslichen Wertpapieren, die einen großen Anteil der Kapitalanlagen darstellen und im Allgemeinen bis zur Endfälligkeit gehalten werden, ist eine Realisierung der Bewertungsreserven kaum gegeben.

Mit der Umsetzung dieser und anderer Vorgaben aus dem Versicherungsvertragsgesetz, dem Vermittlergesetz und der Informationspflichtenverordnung, die die Geschäftsprozesse des Landeslebenshilfe V.V.a.G. in starkem Maße betreffen, sind erhebliche Entwicklungskosten und ein damit einhergehender hoher personeller Aufwand verbunden. So mussten nach dem Wegfall des sogenannten Policenmodells neue Wege der Vertragsanbahnung vorbereitet und umgesetzt werden.

Die Einhaltung der mit dem Vermittlergesetz verbundenen aufsichtsrechtlichen Anordnungen bzw. gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf die Zuverlässigkeitsprüfung von Versicherungsvermittlern, die Unterhaltung eines zuverlässigen Meldewesens hinsichtlich etwaiger Unregelmäßigkeiten im Versicherungsaußen- und -innendienst sowie die Einrichtung und Unterhaltung eines Beschwerdemanagements gemäß § 80a VAG werden seitens des Landeslebenshilfe V.V.a.G sichergestellt.

Die mit Beginn des Jahres 2005 in Kraft getretenen Änderungen der Besteuerung von neuen Lebensversicherungsverträgen haben zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Absatzmöglichkeiten geführt. Sozialpolitische Rahmenbedingungen üben einerseits Einfluss aus auf die Möglichkeit weiterer Kreise der Bevölkerung zu privater Eigenvorsorge. Sie haben aber andererseits durch ihre reglementierende Wirkung auch Einfluss auf die Bereitschaft in der Bevölkerung zur Schaffung privater Vorsorge.

Den hier dargestellten Risiken begegnet das Unternehmen durch sorgfältige Beobachtung und Bewertung der aktuellen Entwicklungen in rechtlicher, steuerlicher und sozialpolitischer Hinsicht sowie durch eine ausreichend vorsichtige und kostensparende Unternehmenspolitik.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken resultieren hauptsächlich aus Änderungsrisiken bei den biometrischen Rechnungsgrundlagen. Die Verlängerung der Lebenserwartung der Bevölkerung ist bei der Tarifierung der für den Neuzugang geöffneten Tarife berücksichtigt. Im Übrigen überwacht der Verantwortliche Aktuar für alle Tarife laufend die ausreichende Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Daneben stellen eine solide Kalkulations- und Antragsannahmepolitik sicher, dass die vertraglich garantierten Versicherungsleistungen zusammen mit den Leistungen aus der Überschussbeteiligung den Produkten eine gute Position im Wettbewerb geben.

In der Lebensversicherung wird die Deckungsrückstellung nach einzelvertraglichen Daten und insbesondere unter Verwendung des bei Abschluss des Versicherungsvertrages jeweils maßgeblichen Rechnungszinses berechnet. Der Einfluss des Zinsänderungsrisikos wird dadurch begrenzt, dass die zukünftigen Zahlungsströme aus Prämien, Kapitalerträgen und Verpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden.

Die Risiken des Ausfalls von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen darin, dass Rückversicherer, Versicherungsnehmer oder Versicherungsvermittler ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen nicht erfüllen. Zur Steuerung der Liquiditäts- und Ausfallrisiken werden sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung analysiert und laufend überwacht. Zur Risikovorsorge sind bereits pauschale Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern vorgenommen worden, die auf Erfahrungswerten der Vergangenheit beruhen. Abrechnungsforderungen gegen Rückversicherer bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erfolgen im Rahmen der bestehenden Anlagevorschriften unter sorgfältiger Auswahl der einzelnen Anlagen. Für sie sind die Risiken aus der Zins- und Kursentwicklung an den Finanzmärkten von besonderer Bedeutung. Diese werden durch eine breite Mischung nach Anlagearten und eine ausgewogene Streuung nach Schuldnern mit hoher Bonität vermindert. Die Anlagen in den vom Unternehmen aufgelegten Spezialfonds sind überwiegend in sogenannten gemischten Fonds enthalten, die sowohl festverzinsliche Wertpapiere als auch Aktien enthalten. Für jeden Spezialfonds besteht ein Anlageausschuss, der die Anlagerichtlinien für das jeweilige Fondsmanagement formuliert und deren Einhaltung fortlaufend überwacht. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist den Fondsmanagements nur in streng begrenztem Umfang zur Absicherung konkreter Geschäfte gestattet.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Vermögensanlagen werden laufend unter dem Gesichtspunkt der Risikotragfähigkeit des Unternehmens überprüft. Im Geschäftsjahr 2007 hat diese Entwicklung durch die Veränderung der Zinsstrukturkurve sowie die Kursschwankungen am Aktienmarkt infolge der Hypothekenkrise in den USA bei Spezialfonds zu Aufwendungen für Abschreibungen geführt. Insgesamt ergibt sich eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 4,0 %. Neubewertungen aufgrund unmittelbarer Auswirkungen der Hypothekenkrise in den USA waren nicht vorzunehmen, da betroffene Kapitalanlagen nicht vorhanden sind. Die Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verzinsungsverpflichtungen war damit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Auch eine Analyse der aus dem vorhandenen Kapitalanlagebestand für die Zukunft planbaren Zinserträge führt zu dem Ergebnis, dass die rechnungsmäßigen Zinsaufwendungen, die sich aus den unterschiedlichen Rechnungszinssätzen ergeben, die für die verschiedenen Tarifgenerationen verwendet wurden, durch entsprechende Nettokapitalerträge gedeckt werden können.

Operationale Risiken

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit den betrieblichen Abläufen auf. Von Bedeutung sind vor allem technische, rechtliche und personenbezogene Risiken, die sich aus der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, der Rechtsprechung und Verwaltungsanordnungen ergeben. Sie werden fortlaufend überwacht und im Hinblick auf eventuelle bilanzielle Konsequenzen überprüft. Zur Risikobegrenzung im Bereich der Informationstechnologie werden fortlaufend Maßnahmen entwickelt und ergriffen, mit denen eine größtmögliche Verfügbarkeit der eingesetzten Hard- und Softwaresysteme sowie Sicherheit und Schutz der Daten erreicht werden kann. Rechtliche Risiken, die mit dem Ausgang von Prozessen zusammenhängen und wesentlichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten, bestehen derzeit nicht.

Sonstige Risiken

Die Ausstattung mit Eigenmitteln entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die auf die Deckungsrückstellung bezogene Eigenkapitalquote beläuft sich auf 6,4 %. Deshalb ist die zu bildende Solvabilitätsspanne bereits durch das Eigenkapital vollständig bedeckt. Hinzu kommen die anderen anrechenbaren Eigenmittel.

Die Europäische Kommission verfolgt mit dem Projekt Solvency II das Ziel, den Versicherungsunternehmen eine risikobasierte Kapitalausstattung vorzugeben. Das könnte im Vergleich zu den derzeit maßgeblichen Solvabilitätsanforderungen zu einem höheren Bedarf an Sicherheitskapital führen. Das Unternehmen bereitet sich auf die künftigen Anforderungen, soweit sie absehbar sind, vor. Mit der vorhandenen, mehrfachen Bedeckung der Solvabilitätsspanne sind bereits Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der künftigen Vorgaben geschaffen.

3. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis sind aus Sicht des Unternehmens gegenwärtig keine konkreten Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand des Landeslebenshilfe V.V.a.G. sowie die dauernde Erfüllung der Versicherungsverträge ernsthaft gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen könnten. Die Risikosituation wird als kontrolliert und vom Unternehmen tragbar angesehen.

Allgemeine Angaben

Haftungsverhältnisse oder Verbindlichkeiten der in § 251 des Handelsgesetzbuches genannten Art sind nicht vorhanden. Der mit einem Rückversicherer geschlossene Rückversicherungsvertrag besteht weiterhin. Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. ist Mitglied des Konsortiums der Lebensversicherer zur Übernahme der Rentenversicherungsverträge des Pensions-Sicherungs-Vereins a.G., Köln, und ist außerdem an dessen Gründungsstock beteiligt.

Mitgliedschaften

Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin, der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg, und des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft e.V., Berlin.

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit dem Landeskrankenhilfe V.V.a.G. hat im Berichtsjahr weiterhin bestanden. Wechselseitig erbrachte Leistungen wurden gemäß dem Abkommen vom 9. März 1977 abgerechnet.

Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

In ihrem Koalitionsvertrag „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ haben die Regierungsparteien zum Ausdruck gebracht, dass zur Sicherung des Lebensstandards im Alter eine Ergänzung durch betriebliche und private Altersvorsorge unerlässlich ist. Die steigende Lebenserwartung und der damit verbundene demographische Wandel seien große Herausforderungen für das Alterssicherungssystem. Die zusätzliche Altersvorsorge müsse künftig einen noch höheren Stellenwert erhalten, um den im Berufsleben erreichten Lebensstandard auch im Alter aufrechterhalten zu können. Eine Verwirklichung dieser politischen Zielvorstellungen könnte für die private Lebensversicherung und für den Landeslebenshilfe V.V.a.G. beachtliche Chancen für eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit eröffnen, zumal die kapitalbildende Lebensversicherung den Versicherungsnehmern in einzigartiger Weise über lange Zeiträume von mehreren Jahrzehnten eine garantierte Verzinsung bietet, auch und gerade in volatilen Kapitalmärkten. Die Verlängerung der Sozialabgabenbefreiung für die Entgeltumwandlung in der betrieblichen Altersvorsorge bietet Chancen für Absatzsteigerungen, da die betriebliche Altersvorsorge dadurch deutlich an Attraktivität gegenüber anderen Altersvorsorgeprodukten gewonnen hat. Die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre bietet in dem Maße Absatzmöglichkeiten, als dass Personen, die weiterhin früher Altersrente beziehen möchten, nun einen erhöhten privaten Vorsorgebedarf haben. Weitere Impulse für das Geschäft der Lebensversicherer können sich möglicherweise aus der geplanten Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge ergeben, mit denen die Lebens- und Rentenversicherungen gegenüber anderen kapitalbildenden Anlageformen wie Investmentfonds oder die Direktanlage in Wertpapieren vergleichbar behandelt und damit attraktiver werden. Diese Chancen sollten andererseits nicht überschätzt werden. Trotz einer Verbesserung der Beschäftigungssituation auf dem Arbeitsmarkt ist die Vorsorgefähigkeit für weite Teile der Bevölkerung nach wie vor beeinträchtigt. Darüber hinaus schränken weitgehende und komplizierte Reglementierungen, mit denen detailliert vorgeschrieben wird, welche Maßnahmen als eigenverantwortliche und private Altersvorsorge anerkannt werden, die Vorsorgebereitschaft ein. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist im Jahr 2008 ein mit dem Vorjahr vergleichbarer Umfang des Neugeschäfts zu erwarten. Sofern sich die Konjunkturbelebung fortsetzt und womöglich verstärkt, kann aufgrund des weiter sinkenden Nettoentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung bei verbesserten Rahmenbedingungen für die Vorsorgefähigkeit in der Bevölkerung langfristig mit einer zusätzlichen Wiederbelebung des Neugeschäfts gerechnet werden.

Dank

Wir danken den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie der Mitgliedervertretung und dem Aufsichtsrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Unser Dank gilt ferner den Vertriebspartnern sowie allen Mitarbeitern des Außen- und Innendienstes, die durch ihre Leistung und Einsatzbereitschaft dazu beigetragen haben, die Vielzahl der Aufgaben zu erfüllen.

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2007

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft (nur Hauptversicherer.) (Haupt- und Zusatzversicherungen) (nur Hauptversicherungen)				Einzelversicherungen						Kollektivversicherungen	
					Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsvers.) ohne Risikoversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeitsversicherungen)			
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Einmalbeitrag in TEUR	Vers.summe bzw. 12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	23.941	11.464		341.409	20.605	9.313	467	170	2.337	1.980	532	-
II. Zugang während des Geschäftsjahres												
1. Neuzugang												
a) eingelöste Versicherungsscheine	329	261	1.175	6.573	87	50	25	13	186	199	31	-
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)	-	179	-	2.684	-	140	-	0	-	39	-	-
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschußanteile	-	-	-	21	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Übriger Zugang	20	20	-	544	14	14	-	-	6	6	0	-
4. Gesamter Zugang	349	461	1.175	9.823	101	204	25	13	192	244	31	-
III. Abgang während des Geschäftsjahres												
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	223	24		929	203	21	2	1	1	2	17	-
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	538	537		10.054	506	512	31	12	-	12	1	-
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	547	482		12.438	440	332	5	2	102	147	0	-
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	29	40		2.742	4	15	21	7	4	18	-	-
5. Übriger Abgang	20	55		1.225	14	39	-	-	6	16	0	-
6. Gesamter Abgang	1.357	1.137		27.387	1.167	919	59	23	113	195	18	-
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	22.933	10.787		323.844	19.539	8.598	433	160	2.416	2.029	545	-

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		Einzelversicherungen						Kollektivversicherungen	
			Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsvers.) ohne Risikoversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeitsversicherungen)			
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl d. Versicherungen	12-fache Jahresrente in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	23.941	341.409	20.605	259.399	467	27.700	2.337	46.230	532	8.080
davon beitragsfrei	(4.467)	(22.578)	(3.832)	(11.978)	(6)	(31)	(97)	(2.489)	(532)	(8.080)
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	22.933	323.844	19.539	243.540	433	25.281	2.416	46.568	545	8.456
davon beitragsfrei	(4.454)	(23.285)	(3.768)	(11.980)	(7)	(28)	(134)	(2.821)	(545)	(8.456)

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt		Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzvers.		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Vers.summe bzw. 12-f. Jahresrente in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	4.098	149.793	2.746	59.905	1.316	89.613	36	274
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	3.699	138.980	2.463	55.110	1.206	83.665	30	204

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2007

Aktiva	2007		2006
	EUR	EUR	EUR
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks			-,- -
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			276.460,00
C. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken			1.188.324,51
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		-,- -	-,- -
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		-,- -	-,- -
3. Beteiligungen		4.577.918,05	4.586.593,05
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		<u>44.979,03</u>	<u>4.622.897,08</u>
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		90.070.495,97	87.619.369,19
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1.932.000,00	1.995.800,00
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen		-,- -	-,- -
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	16.101.626,92		20.703.253,84
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	79.748.421,36		84.395.215,80
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	910.131,27		1.169.314,22
d) übrige Ausleihungen	<u>54.481,85</u>	96.814.661,40	1.315.883,28
5. Einlagen bei Kreditinstituten		14.828.292,62	11.351.709,59
6. Andere Kapitalanlagen		<u>-,- -</u>	<u>203.645.449,99</u>
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			<u>-,- -</u>
			209.456.671,58
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			-,- -

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2007

Aktiva	2007		2006
	EUR	EUR	EUR
E. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer			
a) fällige Ansprüche	168.025,63		168.802,67
b) noch nicht fällige Ansprüche	271.852,50		291.693,47
2. Versicherungsvermittler	3.237,37		14.961,56
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,-	443.115,50	-,-
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		-,-	-,-
III. Sonstige Forderungen		1.677.658,90	245.816,56
F. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		-,-	-,-
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		97.464,85	15.203,46
III. Eigene Anteile			
Nennwert bzw. rechnerischer Wert: -,- EUR		-,-	-,-
IV. Andere Vermögensgegenstände		-,-	-,-
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		2.221.847,39	2.473.100,25
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		25,25	81,49
H. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB			
		144.751,00	-,-
Summe der Aktiva		214.317.994,47	218.003.871,87

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das in der Bilanz zum 31.12.2007 eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Lüneburg, den 17. April 2008

Der Treuhänder

Tödter

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2007

Passiva

	2007			2006
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		-,- -		-,- -
II. Kapitalrücklage		-,- -		-,- -
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	3.783.000,00			3.783.000,00
2. Rücklage für eigene Anteile	-,- -			-,- -
3. satzungsmäßige Rücklagen	-,- -			-,- -
4. andere Gewinnrücklagen	3.917.000,00	7.700.000,00		3.517.000,00
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-,- -	7.700.000,00	-,- -
B. Genussrechtskapital			-,- -	-,- -
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,- -	-,- -
D. Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 16 Satz 3 EStG			-,- -	-,- -
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	1.281.215,50			1.408.867,26
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	399.947,66	881.267,84		467.386,50
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	120.683.687,98			120.968.426,65
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	11.122.691,63	109.560.996,35		12.256.782,31
III. Rückstellung für noch nicht abge- wickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	22.679,95			170.630,68
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	914,14	21.765,81		21.664,07
IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	34.388.410,38			33.892.986,89
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	34.388.410,38		-,- -
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		-,- -		-,- -
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	-,- -			-,- -
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	-,- -	144.852.440,38	-,- -

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2007

Passiva	2007		2006
	EUR	EUR	EUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			-,-
G. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.031.816,00	1.020.788,00
II. Steuerrückstellungen		335.581,00	-,-
III. Sonstige Rückstellungen		<u>43.850,61</u>	45.359,00
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			11.522.639,29
I. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	48.364.098,71		51.814.627,23
2. Versicherungsvermittlern	140.929,95		141.111,68
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>-,-</u>	48.505.028,66	-,-
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		104.677,11	111.475,40
III. Anleihen			
davon konvertibel : -,- EUR		-,-	-,-
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-,-	-,-
V. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>220.468,53</u>	48.830.174,30
davon:			
aus Steuern: 14.700,05 EUR (Vorjahr: 13.582,81 EUR)			
im Rahmen der sozialen Sicherheit: -,- EUR (Vorjahr: -,- EUR)			
K. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>1.492,89</u>
Summe der Passiva		<u>214.317.994,47</u>	<u>218.003.871,87</u>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 25. Januar 2008 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Lüneburg, den 17. April 2008

Verantwortlicher Aktuar

Prof. Dr. Zachow

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	2007			2006
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	12.086.560,46			12.458.100,99
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-690.518,59	11.396.041,87		-800.310,80
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	127.651,76			356.544,37
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-67.438,84	60.212,92	11.456.254,79	-140.229,15
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
			57.651,82	11.940,33
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		56.634,00		5.186,85
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -- EUR				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -- EUR				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	100.247,23			102.612,29
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	9.141.429,27	9.241.676,50		9.742.998,66
c) Erträge aus Zuschreibungen		-, -		1.897.560,06
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-, -		-, -
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-, -		-, -
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderposten mit Rücklageanteil		-, -	9.298.310,50	-, -
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen				
			-, -	-, -
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung				
			31.684,91	37.777,21
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	13.861.392,95			19.633.319,52
bb) Anteil der Rückversicherer	-2.076.503,24	11.784.889,71		-3.122.844,67
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-147.950,73			13.190,97
bb) Anteil der Rückversicherer	20.749,93	-127.200,80	11.657.688,91	-11.879,63
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-284.738,67			-5.098.326,50
bb) Anteil der Rückversicherer	1.134.090,68	849.352,01		1.927.803,93
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-, -	849.352,01	-, -
8. Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
			3.869.541,30	6.264.249,38

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	2007		2006
	EUR	EUR	EUR
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	531.760,38		543.544,88
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>354.582,63</u>	886.343,01	352.953,90
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>115.679,37</u>	93.795,19
		770.663,64	
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		49.495,01	44.461,72
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		718.319,22	34.614,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-, -	-, -
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		-, -	-, -
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		<u>-, -</u>	-, -
		767.814,23	-, -
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-, -
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			2.101.970,87
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			<u>826.871,06</u>
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		32.003,98	46.697,88
2. Sonstige Aufwendungen		<u>152.497,80</u>	<u>177.990,79</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			706.377,24
4. Außerordentliche Erträge		-, -	-, -
5. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-, -</u>	-, -
6. Außerordentliches Ergebnis			-, -
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		299.079,83	120.674,40
8. Sonstige Steuern		<u>7.297,41</u>	306.377,24
9. Erträge aus Verlustübernahme		-, -	-, -
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		<u>-, -</u>	<u>-, -</u>
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			400.000,00
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-, -
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			-, -
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			-, -
15. Entnahmen aus Genusssrechtskapital			-, -
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		-, -	-, -
b) in die Rücklage für eigene Anteile		-, -	-, -
c) in die satzungsmäßigen Rücklagen		-, -	-, -
d) in die anderen Rücklagen		<u>400.000,00</u>	400.000,00
17. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals			-, -
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>550.000,00</u>

Der Jahresabschluss 2007 wurde nach den Vorschriften des VAG, des HGB/AktG sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVA

Zu B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Posten enthält ausschließlich gegen Entgelt erworbene Individual- und Standardsoftware. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten nach Abzug der linearen Abschreibungen bewertet.

Zu C. Kapitalanlagen

Der Geschäftsbetrieb erfolgt in gemieteten Räumen. Ein Bilanzwert für eigengenutzte Grundstücke und Bauten (§ 52 RechVersV) ist daher nicht anzugeben. Der Grundbesitz steht mit den um die steuerlich zulässigen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu Buch. Eine Beteiligung, die gemäß Gesellschaftervereinbarung in Folgejahren im Rahmen zukünftiger Kapitalanlageinvestitionen eine Kapitaleinlageverpflichtung in Höhe von 0,5 Mio. EUR vorsieht, ist mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Position C.III.4.d) übrige Ausleihungen enthält ausschließlich Anteile am Sicherungsfonds für die Lebensversicherer.

Aktien, Investmentanteile und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet, sofern sie nicht entsprechend vorliegender Beschlüsse dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen und deshalb gemäß § 341 b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Im letzteren Fall wurden sie nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB, bewertet. Es wurden danach Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 HGB in Höhe von 0,6 Mio. EUR vorgenommen.

Die Angabe der Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV erfolgt in der nachfolgenden Darstellung Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2007.

Die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 209.456.437,90 EUR, die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwerts selbiger Kapitalanlagen beträgt 215.196.150,59 EUR. Daraus ergibt sich ein Saldo von 5.739.712,69 EUR. Diese Werte werden unterjährig neu berechnet.

Für Grundstücke und Bauten erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte nach dem Ertragswertverfahren auf der Basis der Verhältnisse für 2007. Der Zeitwert der Beteiligungen wurde wegen untergeordneter Bedeutung und geringer Einflussnahme mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Zeitwerte der übrigen Kapitalanlagen wurden entsprechend § 56 Abs. 2 RechVersV ermittelt.

Zu E. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wie gegenüber Versicherungsvermittlern wurden für zu erwartende Ausfälle aufgrund von Erfahrungswerten um eine pauschale Wertberichtigung gekürzt. Die sonstigen Forderungen sind mit ihrem Nennwert bewertet.

Zu G. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

EUR

a) Agio Namensschuldverschreibungen	25,25
b) Agio Schuldscheinforderungen und Darlehen	-, --
	25,25

Zu H. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gem. § 274 Abs. 2 HGB

Die Steuerabgrenzung wurde aufgrund steuerlich abweichender Wertfeststellungen bei Kapitalanlagen gebildet.

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2007

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr EUR	Zeitwerte Geschäftsjahr EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs. 1 Satz 1 HGB	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	
2. entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	
3. sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	389.155,90	-,-	-,-	-,-	-,-	112.695,90	276.460,00	
4. Summe B.	389.155,90	-,-	-,-	-,-	-,-	112.695,90	276.460,00	
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	1.222.938,51	-,-	-,-	-,-	-,-	34.614,00	1.188.324,51	1.624.397,40
C II. Kapitalanlagen in verb. Unternehmen und Beteiligungen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. Beteiligungen	4.586.593,05	-,-	-,-	8.675,00	-,-	-,-	4.577.918,05	4.577.918,05
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	44.979,03	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	44.979,03	50.629,24
5. Summe C II.	4.631.572,08	-,-	-,-	8.675,00	-,-	-,-	4.622.897,08	4.628.547,29
C III. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	87.619.369,19	3.071.032,00	-,-	-,-	-,-	619.905,22	90.070.495,97	93.993.264,11
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.995.800,00	-,-	-,-	-,-	-,-	63.800,00	1.932.000,00	1.932.000,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	20.703.253,84	-,-	-,-	4.601.626,92	-,-	-,-	16.101.626,92	16.435.958,62
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	84.395.215,80	2.000.000,00	-,-	6.646.794,44	-,-	-,-	79.748.421,36	80.788.377,93
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	1.169.314,22	146.740,73	-,-	405.923,68	-,-	-,-	910.131,27	910.131,27
d) übrige Ausleihungen	1.315.883,28	16.828,27	-,-	1.278.229,70	-,-	-,-	54.481,85	55.181,35
5. Einlagen bei Kreditinstituten	11.351.709,59	3.476.583,03	-,-	-,-	-,-	-,-	14.828.292,62	14.828.292,62
6. Andere Kapitalanlagen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
7. Summe C III.	208.550.545,92	8.711.184,03	-,-	12.932.574,74	-,-	683.705,22	203.645.449,99	208.943.205,90
Insgesamt	214.794.212,41	8.711.184,03	-,-	12.941.249,74	-,-	831.015,12	209.733.131,58	

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu A. III. Gewinnrücklagen

EUR

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	3.783.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	-,-
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>3.783.000,00</u>

4. Andere Gewinnrücklagen

Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	3.517.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	400.000,00
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>3.917.000,00</u>

Zu E. I. Beitragsüberträge

Als Beitragsüberträge wurden die um die kalkulierten Inkassozuschläge (höchstens 4 %) gekürzten übertragungsfähigen Teile der im Geschäftsjahr fällig gewordenen Beiträge ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um die nach der 1/12-Methode einzelvertraglich berechneten Teile der Jahresbeiträge bzw. der unterjährlichen Beitragsraten (ohne Ratenzuschläge), die auf den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum ersten Ratenzahlungstermin in 2008 entfallen. Die für den Rückversicherer abgesetzten Teile wurden in derselben Weise, jedoch auf der Grundlage jährlicher Beitragszahlung, berechnet.

Zu E. II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft ist – wie auch für den in Rückdeckung gegebenen Teil – grundsätzlich einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit impliziter Berücksichtigung der künftigen Kosten (Nettomethode) berechnet worden. Die jeweils verwendete Reserveprämie ist gleich der mit den Rechnungsgrundlagen der Deckungsrückstellung berechneten Reserveprämie. Für beitragsfreie Versicherungen und Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer ist eine Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten gebildet, die in der Deckungsrückstellung enthalten ist.

Die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung (ohne Konsortialverträge) verwendeten Rechnungsgrundlagen ergeben sich aus folgender Aufstellung:

Tarife	Wahrscheinlichkeitstafel	Rechnungszinssatz	Anteil an der Deckungsrückstellung
L1, L2, LG, LT, LF, LE, LGV, BUZ, BU	Sterbetafel ADSt 1924/26 M	3,00 %	9,2 %
AM, AF, W	Allg. Sterbetafel 1949/51 M/F	3,00 %	1,2 %
K1 - K6, R0 - R5, BUZ, V2 -V5, BV	Sterbetafel 1960/62 mod. M	3,00 %	33,9 %
M1 - M4, F1 - F4, M9, F9, BUZ	Sterbetafel 1986 M/F	3,50 %	26,9 %
1M - 4M, 1F - 4F, 9M, 9F, BUZ	DAV-Sterbetafel 1994 T	4,00 %	15,3 %
CM, CF, DM, DF, HZV	DAV-Sterbetafel 1994 R	4,00 %	4,6 %
1M - 4M, 1F - 4F, 9M, 9F, BUZ	DAV-Sterbetafel 1994 T	3,25 %	3,5 %
CM, CF, DM, DF, HZV	DAV-Sterbetafel 1994 R	3,25 %	2,6 %
1M - 4M, 1F - 4F, 9M, 9F, BUZ	DAV-Sterbetafel 1994 T	2,75 %	1,2 %
CM, CF, DM, DF, HZV	DAV-Sterbetafel 1994 R	2,75 %	0,9 %
CM, CF, DM, DF, EM, EF, HZV	DAV-Sterbetafel 2004 R	2,75 %	0,4 %
1M - 4M, 1F - 4F, 9M, 9F, BUZ	DAV-Sterbetafel 1994 T	2,25 %	0,0 %
CM, CF, DM, DF, EM, EF	DAV-Sterbetafel 2004 R	2,25 %	0,3 %

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Bei den kapitalbildenden Versicherungen auf der Grundlage der Sterbetafeln ADSt 1924/26 M, 1960/62 mod. M und 1986 M/F wurde mit einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme gerechnet, bei den Versicherungen auf der Grundlage der DAV-Sterbetafeln 1994 T/R und 2004 R mit einem Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme.

Für Rentenversicherungen wurde eine zusätzliche Deckungsrückstellung basierend auf den Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20 eingestellt und somit dem veränderten Sterblichkeitstrend Rechnung getragen.

Zu E. III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden einzelnen Versicherungsfall gebildet, der bis zum 31. Dezember eingetreten war, aber bis dahin nicht mehr ausgezahlt werden konnte. Die Rückstellung wird in Höhe der voraussichtlich zu erbringenden Leistung bilanziert. Für Versicherungsfälle, die bis zum Abschlusszeitpunkt eintraten, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt geworden sind, wird eine Spätschadenrückstellung gebildet. Die Urteile des BGH (IV ZR 162/03, 177/03, 245/03) zu Mindestrückkaufswerten und zum Stornoabzug wurden durch Bildung einer Rückstellung in Höhe des erwarteten Aufwandes berücksichtigt. Die Rückstellungen für Regulierungsaufwendungen wurden pauschal mit 1 % der zurückgestellten Beträge in Ansatz gebracht.

Zu E. IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung

EUR

Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	33.892.986,89
Auszahlung im Geschäftsjahr	3.374.117,81
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	3.869.541,30
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>34.388.410,38</u>

davon sind gebunden für

festgelegte noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	4.336.246,11
festgelegte noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Beteiligungen an Bewertungsreserven	1.014.436,67

Künftige, geschäftsplanmäßig erklärte laufende Überschussanteile und Schlussüberschussanteilfonds	10.942.059,60
---	---------------

Die Darstellung der Überschussanteilsätze für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 schließt sich an die Erläuterungen zur Jahresbilanz an.

Der Schlussüberschussanteilfonds wird zur Finanzierung der Schlussüberschussanteile und (bei Berufsunfähigkeits-Versicherungen) der Schlusszahlungen einzelvertraglich berechnet. Er ergibt sich für jede Versicherung als der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussüberschussanteils, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer (bei lebenslanger Versicherungsdauer gerechnet bis zum rechnungsmäßigen Alter von 85 Jahren) entspricht. Bei Rentenversicherungen wird anstelle der Versicherungsdauer die Aufschubzeit zugrunde gelegt. Die Abzinsung erfolgt entsprechend § 28 Abs. 7 RechVersV mit einem Diskontsatz von 4,2%. Bei Berufsunfähigkeitsversicherungen werden die Schlusszahlungen entsprechend dem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan mit 4% abgezinst.

Zu G. I. Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von unverändert 6,0 % p.a. berechnet. Beträge, die aufgrund des steuerlichen Nachholverbotes zu berücksichtigen sind, liegen nicht vor.

Zu G. III. Sonstige Rückstellungen

EUR

a) Jahresabschlusskosten	31.600,00
b) Jubiläumsaufwendungen	7.059,00
c) Übrige	5.191,61
	<u>43.850,61</u>

Die sonstigen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu I. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

EUR

1. Versicherungsnehmern	
a) Verzinslich angesammelte Überschussanteile	47.618.041,70
b) Vorausgezahlte Beiträge	21.179,95
c) Beitragsdepots	235.091,89
d) Übrige	489.785,17
	<u>48.364.098,71</u>

Zu I. V. Sonstige Verbindlichkeiten

EUR

a) noch abzuführende Steuern	14.700,05
b) Sozialversicherungsbeiträge	-, -
c) aus Lieferungen und Leistungen	27.519,99
d) Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber dem Landeskrankenhilfe V.V.a.G.	176.194,83
e) Übrige	2.053,66
	<u>220.468,53</u>

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nennwert bewertet.

Zu K. Rechnungsabgrenzungsposten

EUR

a) Disagjobeträge auf	
- Hypotheken- und Grundschuldforderungen	-, -
- Namensschuldverschreibungen	210,93
- Schuldscheinforderungen und Darlehen	48,00
b) im Voraus gutgeschriebene Beitragszahlungen	-, -
c) im Voraus erhaltene Mieten und Zinsen	1.233,96
	<u>1.492,89</u>

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Landeslebenshilfe V.V.a.G. ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Verpflichtungen hieraus betragen für den Landeslebenshilfe V.V.a.G. 38.929,43 EUR.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 94.163,00 EUR.

Zusätzlich hat sich der Landeslebenshilfe V.V.a.G. verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 Prozent der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum 31.12.2007 886.396,43 EUR.

Gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) werden seit dem 01.01.2008 die Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven des Landeslebenshilfe V.V.a.G. beteiligt. Die Bewertungsreserven werden unterjährig neu ermittelt und nach einem verursachungsorientierten Verfahren den anspruchsberechtigten Verträgen anteilig zugeordnet. Bei Vertragsbeendigung bzw. bei Ablauf der Aufschubzeit wird der für diesen Zeitpunkt ermittelte Betrag zur Hälfte zugeteilt und ausgezahlt bzw. zur Erhöhung der garantierten Rente verwendet.

ANHANG

Deklaration von laufenden Überschussanteilen, Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen

A. Laufende Überschussanteile

Die Vergütungssätze für die laufenden Überschussanteile betragen in 2008 und 2009:

Überschussverband	Tarife	beitrags-	Grundüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die Versicherungssumme ¹⁾	Zinsüberschussanteile Vergütungssätze bezogen auf die überschussberecht. Deckungsrückstellung
GL24	LG, LE, LF, LT, LGE	pflichtig frei	5,2 ‰ -	1,00% 1,00%
GL60	K1-K6, K1E-K3E, K6E	pflichtig frei	4,2 ‰ -	1,00% 1,00%
GLR60	R0-R5, R0E-R5E	pflichtig frei	3,2 ‰ 3,2 ‰	- -
GL86	M1-M4, F1-F4, M1E-M3E, F1E, F2E	pflichtig frei	3,6 ‰ -	0,50% 0,50%
GLR86	M9, F9, M9E, F9E	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 3,0 ‰	- -
GL94	1M-4M, 1F-4F, 1ME-3ME, 1FE, 2FE	pflichtig frei	2,4 ‰ -	- -
GLR94	9M, 9F, 9ME, 9FE	pflichtig frei	40 % des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL00	1M-4M, 1F-4F, 1ME-3ME, 1FE, 2FE	pflichtig frei	2,4 ‰ -	0,75% 0,75%
GLR00	9M, 9F, 9ME, 9FE	pflichtig frei	40% des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL04	1M-4M, 1F-4F, 1ME-3ME, 1FE, 2FE	pflichtig frei	2,4 ‰ -	1,25% 1,25%
GLR04	9M, 9F, 9ME, 9FE	pflichtig frei	40% des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL07	1 - 4	pflichtig frei	2,4 ‰ -	1,75% 1,75%
GLR07	9	pflichtig frei	40% des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
GL08	1, 2, 4	pflichtig frei	2,4 ‰ -	1,75% 1,75%
GLR08	9	pflichtig frei	40% des Bruttobeitrages 1,8 ‰	- -
VB24	LGV	pflichtig frei	4,2 ‰ -	1,00% 1,00%
VB60	V2-V5	pflichtig frei	3,2 ‰ -	1,00% 1,00%
KL	L1, L2	frei	30 ‰	-
RE49	AM, AF, AME, AFE, AMU, AFU, A1, A2, A1E, A2E, A1U, A2U	pflichtig frei	- -	1,00% 1,00%
RE94	CM, CF, CME, CFE, CMU, CFU, DM, DF, DME, DFE, DMU, DFU, HZV	pflichtig frei	- -	- -
RE00	CM, CF, CME, CFE, CMU, CFU, DM, DF, DME, DFE, DMU, DFU, HZV	pflichtig frei	- -	0,75% 0,75%
RE04	CM, CF, CME, CFE, CMU, CFU, DM, DF, DME, DFE, DMU, DFU, HZV	pflichtig frei	- -	1,25% 1,25%
RE05	CM, CF, CME, CFE, CMU, CFU, DM, DF, DME, DFE, DMU, DFU, HZV, EM, EF, EME, EFE, EMU, EFU	pflichtig frei	- -	1,25% 1,25%
RE07	C, D, E, HZV	pflichtig, frei	-	1,75%
RE08	C	pflichtig, frei	-	1,75%
BUZalt	BUZ	pflichtig frei	5,0 % , bei Frauen 6,0 % des überschussber. Jahresbeitrages	- -
BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04, BUZ07	B, BR	pflichtig	5,0 % des überschussber. Jahresbeitrages	-

¹⁾ bei beitragspflichtigen Versicherungen der Überschussverbände GLR86, GLR94, GLR00, GLR04, GLR07 und GLR08 bezogen auf den Bruttobeitrag, bei Versicherungen der Überschussverbände BUZalt, BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04 und BUZ07 bezogen auf den überschussberechtigten Jahresbeitrag

B. Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen

Die Vergütungssätze für die in 2008 fälligen Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen betragen:

Überschussverband	Vergütungssätze bezogen auf die Versicherungssumme für jedes voll abgelaufene Versicherungsjahr ²⁾	zusätzlich
GL24, GL60, GL86	3 ‰	4%
GL94, GL00, GL04, GL07, GL08	5 ‰	4%
VB24, VB60	1 ‰	4%
GLR60	1 ‰	-
KL	20 ‰	-
BUV	10%	-

²⁾ bei Versicherungen des Überschussverbandes BUV bezogen auf die monatliche Berufsunfähigkeitsrente

C. Ansammlungsüberschussanteil

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem für die Beitragsberechnung maßgeblichen Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Für Versicherungen mit einem für die Beitragsberechnung maßgeblichen Zins von $i=3\%$, $i=3,5\%$, $i=4,0\%$, $i=3,25\%$, $i=2,75$ oder $i=2,25\%$ beträgt der Ansammlungsüberschussanteil für in 2008 und 2009 endende Versicherungsjahre $(4,25 - i) \%$. Somit verzinst sich das Ansammlungsguthaben insgesamt mit $4,25\%$.

D. Frauenüberschussanteil

Als Ausgleich für die geringere Sterblichkeit von Frauen erhalten diejenigen beitragspflichtigen Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, GLR60, VB24 und VB60, bei denen die einzige versicherte Person weiblichen Geschlechts ist, einen Frauenüberschussanteil in Höhe von 1% der Versicherungssumme. Der Frauenüberschussanteil wird ebenso verwendet wie die übrigen laufenden Überschussanteile.

E. Anmerkungen zur Überschussbeteiligung

1. Bei Risikoversicherungen mit fallender Versicherungssumme beziehen sich die angegebenen Vergütungssätze auf die mittlere Versicherungssumme der gesamten Vertragsdauer.
2. Überschussberechtigte Deckungsrückstellung ist die Deckungsrückstellung am Ende des Versicherungsjahres.
3. Der überschussberechtigte Jahresbeitrag ist bei beitragspflichtigen Versicherungen der Überschussverbände BUZalt, BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04 und BUZ07 der Jahresbeitrag; bei Versicherungen im Leistungsbezug ist der vor Entstehung des Leistungsanspruchs maßgebliche Jahresbeitrag überschussberechtigt; bei beitragsfreien Versicherungen wird der entsprechend gekürzte Jahresbeitrag vor Beitragsfreistellung der Bemessung der Überschussanteile zugrunde gelegt.

4. Die laufenden Überschussanteile (Grund- und Zinsüberschussanteile) werden bei Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, GLR60, VB24, VB60, KL und RE49 jeweils nach Ablauf eines Versicherungsjahres fällig. Bei Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, VB24, VB60 und RE49 werden sie erstmals nach Ablauf des zweiten Versicherungsjahres, bei Versicherungen des Überschussverbandes GLR60 erstmals nach Ablauf des dritten Versicherungsjahres fällig. Bei Rentenversicherungen des Überschussverbandes RE49 gegen Einmalbeitrag werden die laufenden Überschussanteile erstmals nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres fällig. Im Überschussverband KL werden die laufenden Überschussanteile nach dem Bilanzstichtag (31.12.) fällig, welcher in das jeweilige Versicherungsjahr fällt.

Den Versicherungen der Überschussverbände GL86 und GLR86 werden die laufenden Überschussanteile jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres zugeteilt. Beitragspflichtige Versicherungen dieser Überschussverbände erhalten laufende Überschussanteile erstmalig zu Beginn des ersten Versicherungsjahres, Versicherungen gegen Einmalbeitrag erstmalig zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

Den Versicherungen der Überschussverbände GL94, GL00, GL04, GL07 und GL08 werden Grundüberschussanteile jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres und Zinsüberschussanteile nach Ablauf eines jeden Versicherungsjahres zugeteilt.

Den beitragspflichtigen Versicherungen der Überschussverbände GLR94, GLR00, GLR04, GLR07 und GLR08 werden die Überschussanteile jeweils zu Beginn, den beitragsfreien Versicherungen und den Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach Ablauf eines jeden Jahres zugeteilt.

Den Versicherungen der Überschussverbände RE94, RE00, RE04, RE05, RE07 und RE08 werden nach Ablauf eines jeden Versicherungsjahres, erstmals nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres, laufende Überschussanteile zugeteilt. Bei Versicherungen nach den Tarifen E, EM, EF, EME, EFE, EMU, EFU stellt die bis zum Ablauf der Aufschubzeit gewährte Überschussbeteiligung ein kollektives Guthaben dar. Sofern Versicherungen dieser Tarife vor Ablauf der Aufschubzeit vorzeitig beendet werden, wird ein etwaiges Guthaben an das verbleibende Versichertenkollektiv dieser Tarife vererbt. In der Rentenbezugszeit beträgt die beitragsfreie Zusatzrente für das in 2008 beginnende Versicherungsjahr bei Versicherungen der Überschussverbände RE00 8% , RE04 14% , RE05 17% , RE07 24% und RE08 22% der Summe aus der vereinbarten monatlichen Leibrente und der bei Beginn der Rentenzahlung vorhandenen beitragsfreien monatlichen Bonusrente.

Die Versicherungen der Überschussverbände BUZalt, BUZ86, BUZ97, BUZ00, BUZ04 und BUZ07 erhalten nach Ablauf eines jeden Versicherungsjahres laufende Überschussanteile, die zu Beginn des jeweils folgenden Versicherungsjahres fällig werden.

5. Der Schlussüberschussanteil bzw. die Schlusszahlung wird in den Überschussverbänden GL24, GL60, GL86, GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, VB24, VB60, GLR60, KL, BUV bei Erlöschen in der angegebenen Höhe fällig, falls die Versicherung durch Ablauf der Versicherungsdauer endet bzw. - bei lebenslanger Versicherungsdauer - durch Tod des Versicherten nach Erreichen des rechnermäßigen Alters von 85 Jahren endet.
6. Der Schlussüberschussanteil bzw. die Schlusszahlung wird in den Überschussverbänden GL24, GL60, GL86, GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, VB24, VB60, GLR60, KL, BUV bei Erlöschen in verminderter Höhe fällig, falls
 - a) die Versicherung durch Tod des Versicherten vor Erreichen des rechnermäßigen Alters von 85 Jahren endet oder
 - b) die Aussteuerversicherung durch Heirat des zu versorgenden Kindes endet oder
 - c) der durch freiwillige Zuzahlungen oder vereinbarungsgemäße Verwendung der laufenden Überschussanteile vorverlegte Ablauftermin der Versicherung erreicht ist oder
 - d) bei den Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, GL86, GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, GLR60, VB24, VB60, KL und bei den Versicherungen des Überschussverbandes BUV die Versicherung aus einem anderen Grund erlischt. Bei Versicherungen des Überschussverbandes BUV wird eine Schlusszahlung nur dann fällig, wenn die Versicherung drei Jahre bestanden hat, bei den Versicherungen der Überschussverbände GL24, GL60, GL86, GL94, GL00, GL04, GL07, GL08, GLR60, VB24, VB60, KL ein Schlussüberschussanteil nur dann, wenn die Versicherung mindestens 10 Jahre oder mindestens ein Drittel der höchstens bis zum rechnermäßigen Alter 85 bemessenen Vertragslaufzeit bestanden hat.
7. Maßgebend für die Berechnung des Schlussüberschussanteils und der Schlusszahlung sind die Vertragsdaten zum Ende des letzten abgelaufenen Kalenderjahres.
8. Die Vergütungssätze für den Zinsüberschussanteil wurden so bestimmt, dass sich unter Hinzurechnung des jeweiligen Rechnungszinses eine Gesamtverzinsung von $4,00\%$ ergibt. Sie bezieht sich jedoch auf die überschussberechtigte Deckungsrückstellung zum Ende des Versicherungsjahres und ist deshalb mit der zuvor erläuterten Verzinsung des Ansammlungsguthabens von $4,25\%$ vergleichbar. Die Grundüberschussbeteiligung wurde für die Überschussverbände GL08 und GLR08 in gleicher Höhe wie für die entsprechenden Überschussverbände GL07 und GLR07 festgelegt. Die Vergütungssätze für die Schlussüberschussbeteiligung im Überschussverband GL08 wurden wie die im Überschussverband GL07 auf 5% der Versicherungssumme für jedes voll abgelaufene Versicherungsjahr und zusätzlich 4% der Versicherungssumme festgelegt.

Im Übrigen wurden die Vergütungssätze in den Abschnitten A. und B. für die Jahre 2008 und 2009 in gleicher Höhe wie für das Vorjahr deklariert.

ANHANG

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

2007

2006

Zu I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

EUR

EUR

aa) gebuchte Bruttobeiträge aus

aaa) Einzelversicherungen

11.188.971,26

11.830.313,98

bbb) Kollektivversicherungen

897.589,20

627.787,01

12.086.560,46

12.458.100,99

bb) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach:

aaa) laufenden Beiträgen

10.910.296,24

11.655.746,92

bbb) Einmalbeiträgen

1.176.264,22

802.354,07

12.086.560,46

12.458.100,99

cc) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach Beiträgen im Rahmen von Verträgen

mit Gewinnbeteiligung

12.086.560,46

12.458.100,99

Darstellung des Rückversicherungssaldos gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2 b RechVersV

1. Erträge

Zu I. 6. a) Anteil der Rückversicherer an den Brutto-
aufwendungen für Versicherungsfälle

2.076.503,24

3.122.844,67

Zu I. 6. b) Anteil der Rückversicherer an der Veränderung
der Rückstellung für noch nicht abgewickelte
Versicherungsfälle

-20.749,93

11.879,63

Zu I. 9. c) Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus
dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungs-
geschäft

115.679,37

93.795,19

2.171.432,68

3.228.519,49

2. Aufwendungen

Zu I. 1. b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge

690.518,59

800.310,80

Zu I. 1. d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer
an den Bruttobeitragsüberträgen

67.438,84

140.229,15

Zu I. 7. a) Anteil der Rückversicherer an der Veränderung
der Brutto-Deckungsrückstellung

1.134.090,68

1.927.803,93

1.892.048,11

2.868.343,88

3. Rückversicherungssaldo

279.384,57

360.175,61

Zu I. 12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

In dem ausgewiesenen Betrag sind keine Aufwendungen für eine Direktgutschrift enthalten.

Persönliche Aufwendungen

	2007 EUR	2006 EUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungs-Vertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	274.991,15	253.423,70
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	7.945,36	562,46
3. Löhne und Gehälter	464.043,60	434.650,83
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	75.949,43	73.834,98
5. Aufwendungen für Altersversorgung	84.690,28	98.626,53
6. Aufwendungen insgesamt	907.619,82	861.098,50

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betragen 98.309,64 EUR.

An inzwischen pensionierte Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehaltsbezüge in Höhe von 47.756,40 EUR gezahlt.

Für die Tätigkeit des Aufsichtsrates wurden 42.921,02 EUR aufgewandt.

Laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen bestehen für die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht.

Es sind für die Pensionsverpflichtungen ehemaliger Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebenen 417.443,00 EUR zurückgestellt.

Hinsichtlich der Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand wird auf das Ende dieses Berichtes verwiesen.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 13 Mitarbeiter beschäftigt, die ausschließlich dem Innendienst zuzurechnen sind. In der Zahl der Innendienstmitarbeiter sind 8 Teilzeitkräfte enthalten.

Lüneburg, den 17. April 2008

Landeslebenshilfe V.V.a.G.

Der Vorstand

Prof. Dr. Zachow

Klauser

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Landeslebenshilfe V.V.a.G., Lüneburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 07. Mai 2008

Susat & Partner OHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Diener
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres laufend überwacht. Er hat sich in vier Sitzungen sowie durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes regelmäßig und eingehend über die Lage und Entwicklung des Unternehmens sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Außerdem wurde über Maßnahmen Beschluss gefasst, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen dem Aufsichtsrat obliegen oder seiner Zustimmung bedürfen. Neben grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik wurden die Unternehmensplanung, der Geschäftsverlauf, die Risikolage und das Risikomanagement behandelt.

Die Buchführung, der Lagebericht und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 sind von der in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 23. Mai 2007 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SUSAT & PARTNER OHG, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Die Berichte sind in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates von den Wirtschaftsprüfern erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden. Dem Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat nichts hinzuzufügen.

Den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007, den Jahresabschluss sowie die Überschussverwendung hat der Aufsichtsrat geprüft. Er hat keine Einwendungen erhoben und den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Lüneburg, den 21. Mai 2008

Der Aufsichtsrat
Dr. Wendenburg
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Erich Wendenburg, Hannover
Vorstandsmitglied, Vorsitzender

Hans Heinrich Matthiesen, Freienwill-Kleinsolt
Redakteur

Dr. Otto Hollje-Lüerssen, Oldenburg
Hauptgeschäftsführer i. R., stellv. Vorsitzender

Dr. Carl-Dieter Oschmann, Wiesbaden
Unternehmensberater

Jörn Hinrich Kröger, Hameln
Steuerberater

Olaf Schuler, Hann. Münden
Erster Pol.-Hauptkom. a.D.

Vorstand

Prof. Dr. Ernst-Wilhelm Zachow, Lüneburg
Vorsitzender

Roland Klauser, Vögelsen

Sitz des Unternehmens

21335 Lüneburg, Uelzener Str. 120

Tel. (0 41 31) 7 25-0

Fax (0 41 31) 40 34 02

Internet

www.lkh.de